

**VEREINTE
NATIONEN**

Sicherheitsrat

Verteilung
ALLGEMEIN

S/RES/1072 (1996)
30. August 1996

RESOLUTION 1072 (1996)

*verabschiedet auf der 3695. Sitzung des Sicherheitsrats
am 30. August 1996*

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung aller seiner früheren Resolutionen und der vorangegangenen Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Burundi,

unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 24. Juli 1996 (S/PRST/1996/31), in der der Rat jeden Versuch, die rechtmäßige Regierung Burundis gewaltsam oder durch einen Staatsstreich zu stürzen, entschieden verurteilt, *sowie unter Hinweis* auf die Erklärung seines Präsidenten vom 29. Juli 1996 (S/PRST/1996/32), in der der Rat die Handlungen verurteilt, die zum Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung in Burundi geführt haben,

zutiefst betroffen über die fortschreitende Verschlechterung der Sicherheitslage und der humanitären Situation in Burundi, die während der letzten Jahre durch Tötungen, Massaker, Folter und willkürliche Inhaftierungen gekennzeichnet war, sowie über die Bedrohung, die dies für den Frieden und die Sicherheit der gesamten Region des ostafrikanischen Zwischenseengebiets bedeutet,

mit dem erneuten Appell an alle Parteien in Burundi, die derzeitige Krise zu entschärfen und den Zusammenhalt, die Einheit und den politischen Willen zu beweisen, die zur unverzüglichen Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und Verfahren notwendig sind,

von neuem darauf hinweisend, daß sich alle Parteien in Burundi dringend einem Dialog

mit dem Ziel verpflichten müssen, eine umfassende politische Regelung herbeizuführen und Bedingungen zu schaffen, die der nationalen Aussöhnung förderlich sind,

daran erinnernd, daß alle Personen, die schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begehen oder deren Begehung genehmigen, für diese Verstöße individuell verantwortlich sind und zur Verantwortung gezogen werden sollen, und *erneut erklärend*, daß der Straffreiheit für solche Taten sowie dem sie begünstigenden Klima ein Ende bereitet werden muß,

unter nachdrücklicher Verurteilung aller derjenigen, die für die Angriffe auf Personal internationaler humanitärer Organisationen verantwortlich sind, und *betonend*, daß alle Parteien in Burundi die Verantwortung für die Sicherheit dieses Personals tragen,

unter Betonung der dringenden Notwendigkeit der Errichtung humanitärer Korridore, damit der ungehinderte Fluß humanitärer Hilfsgüter zu allen Menschen in Burundi gewährleistet ist,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Ständigen Vertreters der Vereinigten Republik Tansania vom 2. August 1996 (S/1996/620, Anlage und Anhang),

sowie Kenntnis nehmend von der Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung eines Schreibens des Generalsekretärs der Organisation der afrikanischen Einheit vom 5. August 1996 (S/1996/628, Anlage),

in Bekräftigung seiner Unterstützung für die unverzügliche Wiederaufnahme des Dialogs und der Verhandlungen im Gesamtrahmen des vom ehemaligen Präsidenten Nyerere erleichterten Mwanza-Friedensprozesses und des Gemeinsamen Kommuniqués des Zweiten Aruscha-Regionalgipfels über Burundi vom 31. Juli 1996, welches die Garantie von Demokratie und Sicherheit für alle Menschen in Burundi zum Ziel hat,

entschlossen, die auch vom Zentralorgan des Mechanismus der Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) für die Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten unterstützten Bemühungen und Initiativen der Länder der Region zu unterstützen, die darauf abzielen, Burundi auf den Weg der Demokratie zurückzuführen und zur Stabilität in der Region beizutragen,

betonend, welche Bedeutung er der Fortsetzung der Bemühungen der OAU und ihrer Beobachtermission (MIOB) beimißt,

erfreut über die Bemühungen interessierter Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Union, zu einer friedlichen Lösung der politischen Krise in Burundi beizutragen,

unterstreichend, daß nur eine umfassende politische Regelung den Weg für eine internationale Zusammenarbeit für den Wiederaufbau, die Entwicklung und die Stabilität Burundis eröffnen kann, und *seine Bereitschaft bekundend*, zum gegebenen Zeitpunkt die

Einberufung einer internationalen Konferenz unter Beteiligung des Systems der Vereinten Nationen, der Regionalorganisationen, der internationalen Finanzinstitutionen, der Geberländer und der nichtstaatlichen Organisationen zu unterstützen, deren Ziel es wäre, internationale Unterstützung für die Durchführung einer umfassenden politischen Regelung zu mobilisieren,

unter Hinweis auf seine Resolution 1040 (1096) vom 29. Januar 1996, insbesondere deren Ziffer 8, worin der Rat seine Bereitschaft bekundet, die Verhängung von Maßnahmen nach der Charta der Vereinten Nationen in Erwägung zu ziehen,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 15. August 1996 (S/1996/660),

A

1. *verurteilt* den Sturz der rechtmäßigen Regierung und der verfassungsmäßigen Ordnung in Burundi und *verurteilt außerdem* alle Parteien und Splittergruppen, die zu Zwang und Gewalt greifen, um ihre politischen Ziele zu erreichen;
2. *bekundet seine nachdrückliche Unterstützung* der Anstrengungen, die führende Politiker der Region, unter anderem bei ihrem Treffen am 31. Juli 1996 in Aruscha, die OAU und der ehemalige Präsident Nyerere unternommen haben, um Burundi bei der friedlichen Überwindung der schweren Krise beizustehen, die das Land durchmacht, und *ermutigt* sie, auch weiterhin die Suche nach einer politischen Lösung zu erleichtern;
3. *fordert* das Regime *auf*, die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung und Gesetzmäßigkeit sicherzustellen, die Nationalversammlung wieder einzusetzen und das Verbot aller politischen Parteien aufzuheben;
4. *verlangt*, daß alle Seiten in Burundi eine einseitige Einstellung der Feindseligkeiten verkünden, zur sofortigen Beendigung der Gewalttätigkeiten aufrufen und sich ihrer individuellen und kollektiven Verantwortlichkeit stellen, dem Volk Burundis Frieden, Sicherheit und Ruhe zu bringen;
5. *verlangt* außerdem, daß die Führer aller Parteien in Burundi ein Umfeld grundlegender Sicherheit für alle Menschen in Burundi gewährleisten, indem sie sich verpflichten, Angriffe auf Zivilpersonen zu unterlassen, in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Sicherheit der dort tätigen Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen zu gewährleisten und den Mitgliedern der Regierung Präsident Ntibantunganyas sowie den Parlamentsabgeordneten Schutz innerhalb Burundis und freies Geleit bei der Ausreise aus dem Land zu garantieren;
6. *verlangt* außerdem, daß ausnahmslos alle politischen Parteien und Splittergruppen Burundis sowohl innerhalb des Landes als auch außerhalb und unter Einbeziehung von Vertretern der Zivilgesellschaft sofort Verhandlungen ohne Vorbedingungen einleiten, die zu einer umfassenden politischen Regelung führen;

7. *bekundet seine Bereitschaft*, dem Volk Burundis durch eine geeignete internationale Zusammenarbeit dabei behilflich zu sein, eine aus diesen Verhandlungen hervorgehende umfassende politische Regelung zu unterstützen, und *ersucht* in diesem Zusammenhang den Generalsekretär, im Benehmen mit der internationalen Gemeinschaft zur gegebenen Zeit Vorbereitungen für die Einberufung einer Beitragsankündigungskonferenz zu treffen, mit der nach Herbeiführung einer umfassenden politischen Regelung der Wiederaufbau und die Entwicklung Burundis unterstützt werden soll;

8. *ermutigt* den Generalsekretär, im Benehmen mit allen Beteiligten, darunter den Nachbarstaaten, anderen Mitgliedstaaten, der OAU und den internationalen humanitären Organisationen, Mechanismen zur Gewährleistung der sicheren und rechtzeitigen Auslieferung humanitärer Hilfsgüter in ganz Burundi einzurichten;

9. *ist sich* der Auswirkungen der Situation in Burundi auf die Region *bewußt* und *betont*, welche Bedeutung zu gegebener Zeit der Einberufung einer Regionalkonferenz des ostafrikanischen Zwischenseengebiets unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der OAU zukommen wird;

B

10. *beschließt*, die Angelegenheit am 31. Oktober 1996 erneut zu prüfen, und *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat bis dahin über die Situation in Burundi Bericht zu erstatten, namentlich auch über den Stand der in Ziffer 6 genannten Verhandlungen;

11. *beschließt* für den Fall, daß der Generalsekretär berichtet, daß die in Ziffer 6 genannten Verhandlungen nicht eingeleitet worden sind, die Verhängung von Maßnahmen nach der Charta der Vereinten Nationen zu erwägen, um die Befolgung der in Ziffer 6 enthaltenen Forderung zu erreichen; solche Maßnahmen könnten unter anderem ein Verbot des Verkaufs oder der Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art an das Regime in Burundi sowie an sämtliche Splittergruppen innerhalb und außerhalb des Landes beinhalten sowie Maßnahmen gegen die Führer des Regimes und gegen alle Splittergruppen, die weiterhin zur Gewalt ermuntern und eine friedliche Lösung der politischen Krise in Burundi behindern;

12. *wiederholt*, welche Bedeutung er der in Ziffer 13 seiner Resolution 1049 (1996) vom 5. März 1996 geforderten Eventualfallplanung beimißt, und *ermutigt* den Generalsekretär und die Mitgliedstaaten, auch weiterhin die Eventualfallplanung für eine internationale Präsenz sowie sonstige Initiativen zu erleichtern, die eine Einstellung der Feindseligkeiten unterstützen und konsolidieren helfen, und im Falle eines Ausufern von Gewalttätigkeiten oder einer ernsthaften Verschlechterung der humanitären Situation in Burundi mit raschen humanitären Maßnahmen zu reagieren;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befaßt zu bleiben.
